

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 85 (1991)
Heft: 4

Artikel: NW-Gespräch mit Sumaya Farhat-Naser : ein Palästina-Staat ist dringender denn je
Autor: Farhat-Naser, Sumaya
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143606>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein Palästina-Staat ist dringender denn je

Sumaya Farhat-Naser hat auf Einladung des Christlichen Friedensdienstes am 28. Februar die Schweiz besucht, um an unsere Solidarität mit dem leidgeprüften palästinensischen Volk zu appellieren. Diese – gewiss nicht unkritische – Solidarität ist heute, nach dem Golfkrieg, nach den Irritationen auch, die von der Parteinahme vieler Palästinenser und Palästinenserinnen für Saddam Hussein ausgingen, notwendiger denn je. Sumaya Farhat-Naser ist Dozentin für Botanik an der Universität in Birzeit (Palästina), kann aber ihren Beruf nicht ausüben, da die Universität seit dreieinhalb Jahren geschlossen ist. Die Leserinnen und Leser der Neuen Wege haben die palästinensische Christin und Pazifistin bereits im Oktoberheft 1989 kennengelernt, wo ihre Ansprache anlässlich der Entgegennahme der Ehrendoktorwürde der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Münster veröffentlicht wurde. Das nachstehende Gespräch mit unserer Freundin führten Rosmarie Kurz und Willi Herzig.

Red.

Ein gedemütigtes Volk hat es schwer, rational zu denken

NW: Sumaya Farhat-Naser, der Golfkrieg ist mit dem heutigen Tag zu Ende gegangen. Wie beurteilst Du die Situation des palästinensischen Volkes am Ende dieses Krieges?

Sumaya Farhat-Naser: Ich bin froh, dass die Waffen schweigen, aber die Auswirkungen dieses Krieges werden noch sehr lange zu spüren sein. Für mich war von Anfang an klar, dass er mit einer militärischen und politischen Niederlage für den Irak enden müsste und dass wir Palästinenser die ersten Opfer sein würden. In der Golfregion wohnten und wohnen 700 000 Palästinenser. Jede Familie hat Angehörige in Kuwait, in Bagdad, in Basra, in Saudi-Arabien, in Bahrein usw. Nach 1948 und 1967 ist dieser Krieg wie eine dritte Katastrophe in unserer Geschichte. Viele Palästinenser wurden in Kuwait und Basra ebenfalls bombardiert. Viele verlieren ihren Arbeitsplatz, werden aus den Golfstaaten vertrieben und geraten in Armut. Diese Leute bildeten eben noch das ökonomische Rückgrat für die Palästinenser in den besetzten Gebieten, aber auch in Syrien und im Libanon. Damit die Vertriebenen ein Zuhause finden, brauchen wir dringender denn je einen Palästina-Staat.

NW: Hat dieser Krieg Euch in Eurem Anspruch auf das Selbstbestimmungsrecht nicht gewaltig zurückgeworfen?

Sumaya Farhat-Naser: Niemand kann uns das Recht auf Selbstbestimmung, Befreiung und Identitätsfindung nehmen. Diplomatisch gesehen war es unverantwortlich, dass wir uns zu Alliierten des Irak gemacht haben. Sehr viele Palästinenser haben diese Politik auch kritisiert. Leider wurden sie von den Medien und von der Weltöffentlichkeit nicht zur Kenntnis genommen.

Das palästinensische Verhalten der letzten Zeit war natürlich irrational, hervorgegangen aus Wut und Verzweiflung. Die Palästinenser hatten viele Zugeständnisse gemacht, um endlich zu einer friedlichen Lösung zu gelangen. Ein Volk, das so oft gedemütigt wurde, dem es so viele Jahre an sozialer, politischer und ökonomischer Stabilität fehlte, hat es unheimlich schwer, rational zu denken. Darum besteht kein Grund, das Volk als ganzes zu verdammen. Die Forderungen der Palästinenser bleiben nicht weniger gerecht und müssen eine Lösung finden.

NW: Aber hat sich die PLO-Führung durch ihre Solidarisierung mit Saddam Hussein nicht selbst diskreditiert?

Sumaya Farhat-Naser: Ich glaube nicht. Die PLO hat nicht eine Führung, die alles kontrolliert oder gar mit Gewalt durchsetzt. Die Palästinenser identifizieren sich zwar mit der PLO, wenn die Verantwortlichen der PLO aber Fehler begehen, werden sie dafür von den eigenen Leuten auch zur Rechenschaft gezogen. In der Frage der politischen Führung gibt es für die Palästinenser wirklich *keine andere Wahl als die PLO*.

Ich sehe nicht ein, warum ein Krieg notwendig sein soll, um Frieden zu schliessen

NW: Wie beurteilst Du die Entwicklung auf der israelischen Seite? Man kann sich ja zweierlei vorstellen: einerseits die wachsende Erkenntnis, dass ein Frieden mit den Palästinensern notwendiger ist denn je, andererseits aber auch eine Verhärtung, weil eben nur die palästinensische Solidarität mit Saddam Hussein gesehen wird.

Sumaya Farhat-Naser: Es war für uns Palästinenser auch ein Schock, zu sehen, wie die Israelis – ja selbst die Friedenskräfte in Israel – den Krieg guthiessen und sagten, er müsse sein, um zu einem Frieden zu gelangen. Ich sehe nicht ein, warum ein Krieg notwendig sein soll, um Frieden zu schliessen. Frieden kann man nicht erzwingen, man muss darauf hinarbeiten. Ich glaube, der Krieg hat wenigstens das eine erreicht, dass alle sich jetzt besinnen und sagen, die Probleme müssten auf dem *Verhandlungsweg* gelöst werden.

Auch die palästinensische Solidarisierung mit Saddam Hussein müsste differenzierter gesehen werden. Die Palästinenser haben ihn nicht unterstützt, weil er ein Diktator ist oder weil er die Vernichtung Israels verkündet hat, sondern sie sahen in seiner Politik die Möglichkeit, endlich eine Lösung für die eigenen Probleme zu finden. Die *Scud-Raketen*, die auf Israel gefallen sind, zeigten, dass auch dieses mächtige Israel verletzbar ist. Die Israelis sollten endlich einsehen, dass die Sturheit ihrer Politik nicht weiterhilft, egal wie sehr sie sich bewaffnen. Die Ängste der Israelis vor den Scud-Raketen sind dieselben Ängste, die auch die Palästinenser in den besetzten Gebieten vor der Zerstörung haben. Es ent-

steht eine schizophrene Situation: Viele Palästinenser, aber gewiss nicht alle, freuen sich über Raketen, die auch sie selber treffen können. Aus lauter Verzweiflung nehmen sie diese Gefahr in Kauf. Die andern sollen sehen, was es heisst, ständig in Angst zu leben.

NW: Wie beurteilst Du die Stimmung in den besetzten Gebieten? Ist nicht die völlige Entmutigung eingetreten, da mit Politik und Diplomatie ja doch nichts zu erreichen sei?

Sumaya Farhat-Naser: Natürlich hat niemand in den besetzten Gebieten geglaubt, dass Saddam Hussein siegen werde. Die *Entmutigung* war schon vor dem Krieg da, als die Gespräche abgebrochen wurden. Der Krieg hat beide Seiten im Glauben bestärkt, nur Gewalt könne Gewalt zum Verstummen bringen, nur mit Waffen lasse sich der Friede sichern. Wenn aber Gewalt als Mittel zum Frieden angesehen wird, wie bringe ich dann einem Volk bei, dass es seine Probleme nur gewaltlos lösen kann? Wichtig ist, dass die Leute, die jetzt im Nahen Osten das Sagen haben, den Palästinensern zeigen, dass es auch für sie eine würdige Lösung gibt. Sonst wird es für unser Volk unheimlich schwer sein, wieder zum Weg der Vernunft zurückzukehren und Verhandlungen aufzunehmen.

Wir brauchen eine Ermutigung von aussen

NW: Wie steht es um die Gesprächsbereitschaft zwischen Palästinensern und Israelis? Sind die Kontakte unterbrochen worden durch den Krieg?

Sumaya Farhat-Naser: Bereits vor dem Krieg haben die *Kontakte aufgehört*. Palästinenser, die an solchen Gesprächen teilnahmen, wurden von der israelischen Regierung wie Verbrecher behandelt und ins Gefängnis gesteckt. Wenn aber die Verhandlungswilligen so behandelt werden, dann warten die andern schon gar nicht mehr. Meine israelischen Freunde bleiben meine Freunde, aber unser Wirkungsgrad ist eingeschränkt. Auch die Angst, die dieser Krieg hervorgerufen hat, blockiert vieles. Hinzu kommt die Ausgangssperre, die

jetzt schon fast 18 Wochen dauert und Gespräche weitgehend verunmöglicht.

Wenn sich die Situation entspannt, besteht auch wieder die *Möglichkeit eines Neuanfangs*. Alles, was wir brauchen, ist eine Ermutigung von aussen, von Europa, von Amerika, von der Welt, dass uns gesagt wird: «Macht weiter, wir unterstützen Euch! Wir teilen Eure Auffassung vom gewaltlosen Weg und von der gegenseitigen Anerkennung derselben Rechte.» Es hilft nichts, ständig auf die Palästinenser zu schimpfen, denn das treibt sie nur wieder in die Enge und verunmöglicht das Gespräch.

NW: Und wie beurteilst Du die Chancen, dass auch Europa und die USA Druck aufsetzen, damit der israelisch-arabische und der israelisch-palästinensische Dialog in Gang kommen und der Friedensprozess eingeleitet wird?

Sumaya Farhat-Naser: Wir alle wissen, dass nach diesem Krieg etwas geschehen muss. Nur darf es *nicht eine diktierte Lösung* sein, die gewaltsam durchgesetzt wird. Die Palästinenser, die Israelis, die Libanesen müssen selber demokratisch an ihrer Zukunft arbeiten. Demokratie kann man aber nicht erzwingen. Sie ist ein Prozess, der reifen muss. Wir befürchten, dass dieser Krieg einer von mehreren Kriegen in einer sogenannten neuen Ordnung sein wird. Vielleicht ist schon bald der nächste Staat dran. Aber man löst auf diese Weise keine politischen und sozialen Probleme. Solange das Palästina-Problem nicht gelöst ist, bleibt auch die ganze Region instabil. Solange Israel sich als Sonderfall versteht und sich in der Welt eine Sonderstellung verschafft, bleibt es ein grosses Hindernis, um Vertrauen zu bilden. Israel muss bereit sein, sich als normalen Staat in der Region zu sehen und die andern Staaten als Partner zu betrachten und nicht als minderwertige Nachbarn, denen man etwas aufzwingen will.

Komplizierter Friedensprozess

NW: Viele Europäer empfehlen für die Befriedung des Nahen Ostens das Modell der KSZE. Aber lässt sich dieses Modell über-

haupt in eine kulturell andere Region exportieren?

Sumaya Farhat-Naser: Die Probleme sind bei uns *viel komplizierter* als in Europa. Sie wären erst einmal zu definieren. Eine solche Konferenz müsste sich z.B. mit der Frage befassen, wie das Wasser gerecht verteilt würde. Ein weiterer Verhandlungsgegenstand wären die Ölreserven, die so genutzt werden sollten, dass sie der ganzen Region zugute kämen. Den bestehenden Regimen aber geht es in erster Linie um die Erhaltung der Macht und nicht um die Lösung der wirklichen Probleme.

NW: Es gibt sogar die Befürchtung, dass ein nächster Krieg ums Wasser geführt werden könnte, z.B. zwischen Israel und Syrien.

Sumaya Farhat-Naser: Das Wasser ist ein wichtiger Faktor in unserer Region. Syrien ist jetzt in den Augen der Israelis der grösste Feind. Um das Wasser könnte man daher auch dort einen Krieg führen. Dasselbe gilt für den Irak, das Land von Euphrat und Tigris. Auch Irak und Syrien sowie die Türkei und Irak stehen im Kriegszustand wegen des Wassers. Es ist alles möglich. Man findet immer eine Rechtfertigung, um Krieg zu führen.

NW: Besteht nicht auch die Möglichkeit, dass Syrien sich am Friedensprozess kooperativer beteiligen könnte, nachdem es an diesem antiirakischen Bündnis westlicher und arabischer Staaten teilgenommen hat?

Sumaya Farhat-Naser: Syrien wartet noch auf seine Belohnung. Wenn diese in der *Rückgabe der Golanhöhen* durch Israel bestehen würde, dann wäre Syrien zweifellos bereit, ein Friedensabkommen mit Israel zu schliessen. Das wäre nur vernünftig. Dasselbe müsste auch bei uns geschehen. Wenn Israel die besetzten Gebiete zurückgibt, dann gibt es auch einen Friedensschluss mit Israel.

NW: Aber Du würdest doch auch sagen, dass Ihr Palästinenser Euch auf Eure eigenen Kräfte und nicht auf die arabischen Nachbarn verlassen solltet?

Sumaya Farhat-Naser: Wir haben diese Erkenntnis schon lange. Gewiss, wir waren in einem Tief, als Saddam Hussein kam. Viele haben zunächst gedacht, vielleicht der... Aber die Geschichte hat wiederum gezeigt, dass wir uns auf uns selber verlassen müssen, um aus dieser Misere herauszukommen. Wir müssen unsere Zukunft selbst in die Hand nehmen. Allerdings brauchen wir dazu noch etwas mehr Ruhe.

Das Leben in den besetzten Gebieten ist unerträglich geworden

NW: Die nächste Zukunft wird durch eine Besatzungspolitik bestimmt sein, die systematisch die palästinensische Bevölkerung an den Rand drängt oder gar verdrängt. Was geschieht in den Siedlungen?

Sumaya Farhat-Naser: Das Leben in den besetzten Gebieten ist wirklich unerträglich geworden. Und zwar auf vielen Ebenen. Die Schulen z.B. werden immer wieder geschlossen. Die Universitäten sind schon seit dreieinhalb Jahren geschlossen. Das führt dahin, dass viele Eltern ihre Kinder ins Ausland schicken. Für uns ist das eine *indirekte Vertreibung*, eine Vertreibung, die nicht beim Namen genannt wird. Auf der wirtschaftlichen Ebene ist das Leben unerträglich geworden, weil die Palästinenser in Israel keine Arbeit mehr finden. Auch in den besetzten Gebieten gibt es kaum Entwicklungsprojekte, die Arbeitsplätze schaffen würden.

NW: Wird jede derartige Entwicklung verhindert?

Sumaya Farhat-Naser: Seit Beginn der Besatzung, also seit 23 Jahren, sind keine Pläne für die Erschliessung dieses Gebiets ausgearbeitet worden. Es fehlt an Entwicklungsprojekten in der Landwirtschaft, in der Industrie, im Tourismus und selbst im sozialen Bereich. Deshalb ist alles so geblieben wie vor der Besatzung. Israel beansprucht die billigen Arbeitskräfte aus den besetzten Gebieten für seine eigene Entwicklung. Die Palästinenser können in den besetzten Gebieten nur wohnen, zur Arbeit müssen sie nach Israel gehen. Hier

werden sie aber nur als *Saisonarbeiter* eingesetzt, sie können also jederzeit entlassen werden.

Heute sind die Leute wegen der zunehmenden *Ausgangssperren* aber kaum mehr in der Lage, zur Arbeit zu gehen. Es ist uns nicht einmal ohne weiteres möglich, selber Projekte zu entwickeln, weil die Militärbehörde dazu oft die Genehmigung verweigert. Für die Verweigerung braucht es keine Angabe von Gründen.

Wir fühlen, dass unsere grundlegenden *Menschenrechte* verletzt werden: Unsere Kinder können nicht zur Schule gehen, unsere Familien leben nicht zusammen. Fast jede Familie in den besetzten Gebieten hat mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder im Ausland. Die meisten haben ihr Recht auf Rückkehr verloren. Das geschieht immer, wenn ein Palästinenser, der im Ausland lebt, nicht jedes Jahr persönlich seine Gebietsangehörigkeit erneuert. Auch Kleinkinder, die im Ausland geboren werden, müssen vor Vollendung des dritten Lebensjahres mit ihrer Mutter heimkehren, um sich registrieren zu lassen, sonst gelten sie nicht als Gebietsangehörige. Während des Krieges konnten Hunderte von Kindern nicht registriert werden, deshalb gelten sie nun als Fremde. Das bedeutet Trennung der Familie. Die Mutter ist gezwungen, mit den andern Kindern ebenfalls ins Ausland zu gehen und dort zu leben.

Noch mehr verdrängt fühlen sich die Palästinenser durch den Zustrom *sowjetischer Emigranten*. Täglich kommen fast 2000 Menschen ins Land. Für sie stehen Wohnungen nur in den besetzten Gebieten bereit. Diese Wohnungen werden von der Regierung auf palästinensischem Boden gebaut, auf Land, das sie mit Gewalt konfisziert hat. Man sperrt einfach ein Gebiet ab, und innerhalb weniger Monate werden vorfabrizierte Häuser darauf gestellt. Kein palästinensischer Grundeigentümer wird um sein Einverständnis gefragt oder erhält dafür auch nur eine Entschädigung. Auf der Westbank haben diese Siedlungen im letzten Jahr stark zugenommen. Die Regierung erklärt, dass sich die Siedler selber für diese Form der Niederlassung entscheiden würden, was ihnen niemand verbieten könne. Wenn aber in Israel selbst Wohnungsnot herrscht und nur in den besetzten Gebieten

Wohnungen leerstehen, wenn hier ausserdem die Mietpreise 20mal niedriger sind als in Israel, so handelt es sich eben doch um eine gezielte Einwanderungspolitik der Regierung zulasten der palästinensischen Bevölkerung. Für diese Siedlungen ist natürlich immer alles da. Die Häuser sind gebaut, das Wasser ist vorhanden. Nur für uns reicht es zu nichts. Seit 23 Jahren hat die israelische Regierung für die Palästinenser keine einzige Wohnung gebaut, aber Hunderttausende von Wohnungen für Israelis – natürlich mit palästinensischen Arbeitskräften.

Die palästinensischen Ortschaften dürfen sich auch nicht vergrössern. Seit Beginn der Besatzung ist der bebaute Ring für jedes Dorf und jede Stadt derselbe geblieben. Die Leute müssen auf immer engerem Raum zusammenleben und fühlen sich wie im Gefängnis. Irgendwann ist das Leben so unerträglich, dass als Alternative nur noch die *Auswanderung* bleibt. In den letzten zwei Jahren haben 48 000 junge Palästinenser allein über Jordanien das Land verlassen. Sie sind auf der Suche nach Ausbildung, nach Arbeit, nach einer Zukunftsaussicht. Das ist nicht mehr auszuhalten.

NW: Die russischen Einwanderer sind sich dieser Problematik wohl gar nicht bewusst.

Sumaja Farhat-Naser: Es ist tatsächlich so, dass der grösste Teil der russischen Einwanderer davon nichts weiss. Für sie ist die Einwanderung die Erlösung von einem schwierigen sozialen, ökonomischen oder menschlichen Problem in der Sowjetunion. Sie kommen in unser Gebiet mit Landkarten, auf denen keine palästinensischen Dörfer oder Städte eingetragen sind. Für sie ist das Land unbewohnt. Sie benutzen eigene, gelb eingezeichnete Strassen und Wege, die nur die israelisch besiedelten Orte miteinander verbinden. Von daher können sie gar nicht wahrnehmen, dass das Land der einheimischen palästinensischen Bevölkerung gehört.

Die erwähnten Landkarten gibt es übrigens auch für Touristen. Die Begründung lautet, die Touristen hätten ohnehin kein Interesse an palästinensischen Gebieten. Andere Landkarten würden die Touristen nur verwirren...

Wichtig ist, dass wir Freunde haben

NW: Du hast sehr deutlich gesagt, das Leben sei für die Palästinenser unerträglich geworden. Wie aber kann dieser Prozess der zunehmenden Verdrängung der einheimischen Bevölkerung aufgehalten werden?

Sumaya Farhat-Naser: Zunächst einmal brauchen wir *Schutz vor dem Militär*, das sich ständig in unserer Nähe, in der Nähe jedes Hauses und jeder Schule aufhält. Die Anwesenheit des Militärs provoziert zur Konfrontation. Solange es diese Konfrontation gibt, fehlt die Zeit zur Besinnung. Man ist nur darauf bedacht, sich gegen das Militär aufzulehnen. Wir fordern deshalb, dass das Militär sofort aus den palästinensischen Städten und Dörfern abzieht. An seiner Stelle sollen UNO-Truppen für die Sicherheit der palästinensischen Bevölkerung und für Ordnung sorgen. In letzter Zeit mehrten sich Überreaktionen von Soldaten, ja willkürliche Erschiessungen junger Menschen auf offener Strasse. Die Angst löst auf beiden Seiten sehr viel unbedachte Handlungen aus, die den Konflikt noch verschärfen.

Darum brauchen wir dringend *UNO-Truppen*, die den Palästinensern das Gefühl von Sicherheit geben. Unter dem Schutz und der Kontrolle dieser Truppen sollten politische Gespräche und Veranstaltungen unter Palästinensern stattfinden können, auch politische Parteien zugelassen werden. Wir brauchen Garantien, dass die politisch aktiven Leute nicht mehr im Gefängnis landen oder deportiert werden, wie das bis jetzt der Fall gewesen ist – selbst im Fall von Menschen, die für den Frieden gearbeitet haben. Es wäre wichtig, dass uns die UNO unsere Menschenrechte gewährleisten könnte. Natürlich müsste auch die Ansiedlung sowjetischer Emigranten in den besetzten Gebieten sofort eingestellt werden. Bis jetzt gibt es überhaupt keine Möglichkeit, diese Siedlungen zu kontrollieren. Politikern oder Journalisten wird der Zutritt verwehrt. Eine internationale Kommission müsste die Kontrolle übernehmen. In Israel wäre genug Platz für die Emigranten. Das Land in den besetzten Gebieten brauchen wir für unsere eigene Bevölkerung.

NW: *In welcher Weise können wir Euch am besten unterstützen?*

Sumaya Farhat-Naser: Eine erste Ebene wäre die des politischen Drucks auf die israelische Regierung. Politische Gremien in der Schweiz und in Europa sollten uns zunächst einmal dadurch unterstützen, dass sie klar und mutig für die *Menschenrechte der Palästinenser* eintreten. Europa und die Welt müssen umdenken, uns als normale Menschen ansehen, uns als gleichwertig behandeln wie die Israelis und uns dasselbe gönnen wie den Israelis: eine Heimstätte, die Sicherheit, den Frieden. Wir brauchen Unterstützung für den ökonomischen und sozialen Aufbau unserer Gebiete: Unterstützung der Selbsthilfeprojekte, aber auch humanitäre, insbesondere medizinische Hilfe. Hier ist seit 23 Jahren kein einziges neues Krankenhaus gebaut worden. Die Spitäler sind auch schlecht besetzt, weil die Kosten für die Leute viel zu hoch sind. Es gibt auch viel zu wenig Medikamente.

Wichtig ist sodann, dass wir gemeinsam über diese Probleme sprechen, Erfahrungen darüber austauschen, wie man eine Gesellschaft auf *demokratischen Prinzipien* aufbaut. Gewiss möchten wir nicht alles

kopieren, was aus dem Westen kommt. Wir möchten aber jene Werte annehmen und weiterentwickeln, die auch unserer eigenen Kultur, Mentalität und Geschichte entsprechen und gut sind für unsere Menschen.

NW: *Das ist eine Erfahrung, die Ihr während der Intifada bereits gemacht habt.*

Sumaya Farhat-Naser: Ganz genau. Wir haben in der Landwirtschaft, in der Wirtschaft überhaupt, aber auch im Gesundheits- und Erziehungswesen, im ganzen Sozialwesen begonnen, diese Basisstruktur zu entwickeln. Wir prüfen, was bei uns notwendig ist, wie wir die Barrieren in der Gesellschaft oder in der Politik überwinden können. Dazu brauchen wir nicht nur finanzielle, sondern auch professionelle Hilfe, vor allem *Erfahrungsaustausch*. Wichtig ist für uns zu wissen, dass wir Freunde haben, die uns unterstützen, an uns denken, mit uns denken und uns auch einmal ihre kritische Meinung sagen.

NW: *Dazu möchten wir gerne beitragen. Sumaya, wir danken Dir für dieses Gespräch.*

**Evangelisches Tagungszentrum Heimstätte
Schloss Wartensee 9400 Rohrschacherberg**

Wartensee

und Schweizerische Friedensstiftung, Bern

Samstag, 11. Mai 91

Entwürfe zu Europa 2000

Vor brisanten Herausforderungen:
Umriss einer friedensverträglichen Europa-
politik der Schweiz.

**10.00 Vor brisanten gesellschaftlichen
Herausforderungen**

- Ökologie, Nationalismen, Menschenrechte: **Friedrich Schorlemmer**, Theologe, Wittenberg (ehem. DDR)
- Zentraleuropa im europäischen Integrationsprozess, wirtschaftlicher Ausgleich: **Julianna Matrai**, Soziologin, Ungarn

– Abrüstung, Technologiedynamik, Konversion: **Walter Romberg**, Mathematiker, Berlin-Ost

14.00 Arbeitsgruppen zu den verschiedenen Themen

**16.00 Umriss einer friedensverträglichen
Europapolitik der Schweiz**

Thesen und Anstösse aus den Arbeitsgruppen, zur Diskussion gestellt von

- **Stella Jegher**, Übersetzerin, Frauenstelle des Christlichen Friedensdienstes, Zürich, Projektgruppe «Frauenrat für Aussenpolitik»
- **Günther Bächler**, Friedens- und Konfliktforscher, Geschäftsführer der Schweiz. Friedensstiftung, Bern
- **Peter Hug**, Publizist zu Friedens-themen («Brüsseler Haus oder Prager Haus»), Assistent am Historischen Institut der Uni Bern

17.30 Abschluss der Tagung

Anmeldung bis 8 Tage vorher an Heimstätte
Schloss Wartensee, 9400 Rorschacherberg,
Telefon 071 42 46 46.